

DER TAGESSPRUCH

„Das Tückische an Europa ist, dass jeder nach seiner Façon selig werden will. Man muss schon froh sein, wenn alle Telefonzellen in der gleichen Farbe gestrichen werden.“

Ralf Jandl aus Nordstetten

Katholisch: **Wolfhard, Sabine**

Evangelisch: **Christa, Vincent**

2. 11. 10. 11. 18. 11. 25. 11.

S.A. 8.01 M.A. 8.55
S.U. 18.12 M.U. 18.18

Damals

1553 wird der französische Arzt und Theologe Michel Servet, Verfasser des „Christianismi restitutum“, auf Befehl von Johannes Calvin in Genf verbrannt. 1998 gewinnt Ian McEwan, britischer Autor von Kurzgeschichten und Romanen, Großbritanniens bedeutendste Literatur-Auszeichnung, den „Booker-Prize“. Geburtstag von: 1858 Theodore „Teddy“ Roosevelt, amerik. Politiker und 26. Präsident der USA. 1943 Roland Schäfer, dt. Schauspieler und Regisseur. Todestag von: 1505 Iwan III., Herrscher von Russland, Großfürst von Moskau. 2010 Néstor Kirchner, argent. Politiker und Staatspräsident.

Der Küchenezettel

Blumenkohlsuppe, Naturjoghurt.



Das größte Ballontreffen der Welt über New Mexico

Fabian und Volkhard Bähr genossen die Tage in Albuquerque am Himmel und auf dem Boden

Horb. Immer im Oktober findet in Albuquerque im US-Staat New Mexico die Internationale Balloonfiesta statt. Dieses Jahr war es die 40. Fiesta mit 600 Heißluftballonen – und Horber Beteiligung. Fabian und Volkhard Bähr (links unten) wurden von der Fiesta-Organisati-

on dem Team von Kelli und Tom Keller als Verfolger zugeteilt. Das war so eine Art von „Familienzusammenführung“, da Fabian Bähr zurzeit ein Auslandssemester in Kalifornien absolviert. Die Ballöner von diesseits und jenseits des großen Teichs konnten Erfahrungen

beim Fahren von Heißluftballonen austauschen. Fabian Bähr zeigte, wie man die Luft relativ mühelos fast vollständig aus der Hülle entfernen kann, während Tom Keller einen Wasserski-Griff zum besseren Fixieren der Kronenleine demonstrierte. Man verstand sich

bestens, so dass für beide Horber Piloten am zweiten Tag ein Traum in Erfüllung ging: aus dem Ballonkorb das weltgrößte Ballontreffen aus der Luft zu bewundern. Und am Boden gefiel der zwischen den Häusern gelandete Smokey the Bear besonders gut. Privatbilder

Wird die Brücke 2014 gebaut?

OB will mit Bürgern erörtern, welche Maßnahmen sich gegen den Feinstaub eignen

Mit dem Planfeststellungs-Beschluss für die Horber Brücke rechnet Oberbürgermeister Peter Rosenberger Ende 2013 oder Anfang 2014. Am Dienstag berichtete er dem Gemeinderat von seinem Gespräch mit Landesverkehrsminister Winfried Hermann.

ANDREAS ELLINGER

Horb. Nach „zwei Gesprächsterminen in einem Ministerium“ zum Thema Horber Brücke – einen hatten FDP-Politiker, den anderen Vertreter der Stadt wahrgenommen – zog Oberbürgermeister Peter Rosenberger folgende Bilanz: „Wir haben positive Signale erhalten – das ist das Entscheidende.“ Und: „Es muss uns allen ein Anliegen sein, dieses Vorhaben voranzubringen – über Parteigrenzen und persönliche Empfindlichkeiten hinweg.“ Das sei auch nicht-öffentlich im Kultur- und Sozialausschuss ein Thema gewesen. Im Nachgang der Ministeriums-Ges-

sprache war es zu Irritationen zwischen dem OB und den FDP-Vertretern gekommen – Peter Rosenberger hatte den Eindruck gehabt, Stadtrat Daniel Wochner habe aus einem vertraulichen Gespräch beim Ministerium die Presse informiert. Von einem Ministerialdirektoren ist inzwischen mitgeteilt worden, dass jenes Gespräch nicht vertraulich gewesen sei – aber es habe bei Rosenberger möglicher Weise der Eindruck entstehen können, es sei vertraulich gewesen.

Unterschiedliche Bewertungen gibt es nach wie vor in der Feinstaub-Frage. Stadtrat Wochner hatte nach dem Ministeriums-Termin berichtet, dass es auf die Argumente ankam, die für einen schnellen Bau der Brücke sprächen – und da könne es hilfreich sein, wenn die Feinstaub-Belastung nachgewiesen sei. Der SÜDWEST PRESSE hat das Ministerium mitgeteilt, eine hohe Feinstaub-Belastung könne ein zusätzliches Argument für einen zeitnahen Ausbau der Brücke sein. Oberbürgermeister Peter Rosenberger hatte hingegen in einem Pressegespräch gesagt, dass

eine Feinstaub-Messung nicht zur Priorisierung der Brücke beitrage. Im Gemeinderat sagte er, dass er mit den betroffenen Bürgern erörtern wolle, „welche Maßnahmen geeignet sind, um die Feinstaub- und Lärm-Problematik zu lösen oder zumindest zu mindern“. Es gelte zu klären, ob die Messung das Problem löse. „Wir alle gehen von erhöhten Werten aus.“ Die üblichen Konsequenzen – die Ausweisung einer Umweltzone oder Fahrverbote – seien aber aus Sicht des Landes-Verkehrsministers in Horb „schwer vorstellbar“. Rosenberger: „Ich sehe mich darin gestärkt, dass man behutsam Gespräche führt.“

Was den Brücken-Radweg betreffe, so halte der Verkehrsminister einen Radweg für wünschenswert, sagte der OB – Hermann werde sich aber nicht dafür einsetzen, dass die jetzige Brückenplanung umgestoßen werde, wie er gesagt habe. Rosenberger: „Ich glaube, dass das Thema Brücke bei ihm in guten Händen ist momentan.“

FD/FW-Stadträtin Dr. Margarete Rebholz fragte nach einer Handhabe, das Projekt zu beschleunigen.

Der OB antwortete, dass das Ministerium nach seinem Eindruck „jetzt schnell das Planfeststellungsverfahren einleiten will“.

SPD-Rat Dr. Dieter Rominger-Seyrich schlug vor, die Horber Ortsdurchfahrt „etwas unbequemer“ zu machen, um das Brückenbau-Vorhaben zu beschleunigen. Zudem sei es wichtig, „mehr politischen Druck zu machen“, weil nur „deutlich weniger als 50 Prozent der planfestgestellten Projekte“ finanziert werden könnten. Der OB forderte daraufhin alle Stadträte auf, ihre politischen Kontakte ent-

sprechend zu nutzen. CDU-Rat Michael Laschinger erinnerte daran, dass die Stadt bereits 1 Million Euro für die Planung zahle, um den Brückenbau voranzutreiben. „Verkehrsminister“ Wolfgang Kronenbitter: „Wenn wir diese Million nicht in die Hand genommen hätten, dann wäre wahrscheinlich noch nicht einmal die Planung begonnen.“ Ob dem Planfeststellungs-Beschluss für die Horber Brücke, mit dem OB Peter Rosenberger Ende 2013 oder Anfang 2014 rechnet, die Bundesmittel für den Bau folgen, ist offen.

Chance auf Nordstetter Lärmschutz dank Brücke

Die Nordstetter Ortsvorsteherin Edith Barth, die für die CDU im Gemeinderat sitzt, berichtete von einer „enormen Verunsicherung“ ihres Ortschaftsrates, was die Brücken-Planung betrifft: „Wir wollen nicht, dass die Horber Probleme nach

Nordstetten verlegt werden.“ Und von den Ergebnissen aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sei nichts mehr zu hören. Peter Rosenberger antwortete, dass auch er nur die Vorplanung kenne. Aber in jener seien Anregungen aus der Bürgerbe-

teiligung berücksichtigt worden. Zudem betonte er, dass Nordstetten nur mit der Brücke die Chance auf Lärmschutz bekomme. Ohne Straßenneubau werde der Verkehr ebenfalls zunehmen – ohne, dass Lärmschutz-Maßnahmen getroffen würden.

Der Himalaya in Talheim

Talheim. Linus Merz aus Bittelbronn zeigt in einem Diavortrag am Freitag, 28. Oktober, ab 20 Uhr im Gemeindehaus St. Antonius in Talheim Bilder aus der Himalaya-Region. Bereits mehrfach bereisten Waltraud Stolz (Sonthofen), Hermann Braitsch (Dunningen-See-dorf) und Linus Merz Nepal. Ziel war im vergangenen Herbst das Annapurna-Massiv, dessen Hauptgipfel sich 8091 Meter erhebt und in dem sich über 40 weitere Berge von über 7000 Metern zusammen-drängen. Höhepunkte waren die Überschreitung des höchsten Passes der Welt, des Thorong La mit 5416 Metern, die Durchquerung der tiefsten Schlucht der Welt, die der Kali-Gandaki-Fluss geformt hat, sowie der Aufstieg in das Annapurna-Heiligtum. Saalöffnung ist um 19 Uhr, für Bewirtung ist gesorgt. Spenden sind für das Schulbildungsprojekt „Hope“ in Nigeria bestimmt (Eintritt frei).

Noch mehr vorfinanzieren?

Überlegungen zum Gäubahn-Ausbau / S 21-Konflikt aus Horber Sicht

Mit 10 000 Euro hat die Stadt Horb dazu beigetragen, dass der zweigleisige Ausbau eines ersten Gäubahn-Abschnitts geplant werden kann – jetzt geht es um eine Vorfinanzierung weiterer Streckenabschnitte, so Oberbürgermeister Peter Rosenberger am Dienstag im Gemeinderat.

ANDREAS ELLINGER

Horb. „Ohne Vorfinanzierung von Trägern, die nicht zuständig sind, scheint nicht mehr viel zu gehen“, stellte Oberbürgermeister Peter Rosenberger nach einer Sitzung des Interessenverbandes Gäu-Neckar-Bodenseebahn am Dienstag fest. Er betonte aber, dass eine Vor-

finanzierung beinhalte, dass das Geld zurückerstattet werde, wenn das Projekt realisiert werde.

Es geht um den zweigleisigen Ausbau von Teilen der Gäubahn. Die ersten beiden Vorplanungs-Stufen für den Abschnitt Horb-Neckarhausen wurden von den Anliegern vorfinanziert – von Städten und Gemeinden sowie auch von den Regionalverbänden, wie Rosenberger aufklärte, nachdem CDU-Stadtrat Michael Laschinger eine Beteiligung der Regionalverbände angeregt hatte. Das Land hat die Planungsstufen 3 und 4 übernommen und könnte sich das auch für weitere Streckenabschnitte vorstellen, wie Peter Rosenberger berichtete. Folglich gehe es darum, ob sich auch Horb wieder beteilige – in der Hoffnung, dass zwischen Rottweil und Tuttlingen

möglichst bald ein zweites Gleis verlegt werden kann. Zwischen Horb und Neckarhausen verzögere sich das, weil ein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet bei der Planung nicht berücksichtigt worden sei.

SPD-Rat Dr. Dieter Rominger-Seyrich bezeichnete es als „ernüchternd und beschämend“, wie lange es dauere, bis die Gäubahn ausgebaut werde. Vor diesem Hintergrund sei es „ein politischer Wahnsinn“, Milliarden in das Bahnhofsprojekt „Stuttgart 21“ zu investieren. OB Rosenberger wehrte sich dagegen, dass zwischen diesen Bahn-Projekten ein Zusammenhang hergestellt wird – wozu er sagte, dass die Krise Griechenlands herangezogen, meinte er. Es sei „eindeutig“, dass positive Effekte für die Gäubahn nur mit Stuttgart 21 zu erzie-

len“ seien. Gegenwärtig könne der Stuttgarter Flughafen von Horb aus schnellstens in 1 Stunde und 7 Minuten erreicht werden – mit einem Umstieg. Nach der Realisierung von S 21 brauche ein Fahrgast nur noch 34 Minuten – ohne Umstieg. Für Unternehmen sei die schnelle Anbindung an einen internationalen Flughafen „ein Riesenvorteil“. Das könne auch für die künftige Nutzung der ehemaligen Hohenberg-Kaserne wichtig sein.

Rominger-Seyrich entgegnete, dass mit einem „S-Bahn-Anschluss ab Böblingen“ der Fahrzeit-Unterschied zu den 34 Minuten „nicht mehr groß wäre“. Außerdem rechnet er mit Verschlechterungen, was die Verbindung zum Stuttgarter Hauptbahnhof betrifft. Und diese Strecke werde von mehr Leuten genutzt als jene zum Flughafen.

AUSSERDEM

Stufen führen zum Freispruch

Mit einer eher ungewöhnlichen Methode ist Richter Christian Ketterer gestern zu seinem Urteil in einem Prozess wegen Freiheitsberaubung gelangt: Bei der Inspektion des Tatorts während der Hauptverhandlung stellte der Direktor des Horber Amtsgerichts fest, dass das vermeintliche Verbrechen gar nicht stattgefunden hat.

Angeklagt war ein 71-jähriger, der – so die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft – Anfang Mai eine langjährige Bekannte, die zugleich die Eigentümerin seiner Wohnung in Horb ist, darin eingesperrt haben soll. „Wir haben uns gestritten, weil ich Renovierungsarbeiten vorgenommen habe und sie die Rechnungen nicht bezahlen wollte“, sagte der Angeklagte vor Gericht aus. „Dann bin ich gegangen, habe die Tür zugemacht und einmal abgeschlossen.“ Das habe er sich so angewöhnt, um Einbrüchen vorzubeugen. Allerdings sei er davon ausgegangen, dass seine Bekannte als Eigentümerin und temporäre Mitnutzerin der Wohnung einen eigenen Schlüssel besitzt: „Das hat sie mir gesagt“, versicherte der Angeklagte. Ihm sei schon öfter aufgefallen, dass die 83-Jährige Gedächtnislücken habe. „Sie muss nach unserer Auseinandersetzung durcheinander gewesen sein“, meinte der Beschuldigte.

Nachdem der 71-Jährige die Wohnung im Streit verlassen hatte, machte die 83-Jährige am Fenster auf sich aufmerksam. „Sie hat gewunken und mir zugerufen, dass sie eingesperrt wurde und dass das Telefon ausgestöpselt ist“, sagte eine Passantin, die die Frau entdeckt und daraufhin die Polizei gerufen hatte. Die alte Dame sei sehr erregt und verwirrt gewesen, sagte die Zeugin aus. Ebenfalls vernommen hat Richter Ketterer zwei Polizisten, die mit dem Fall befasst waren. „Wir haben die Frau mehrfach befragt. Sie war bei klarem Verstand“, so der Eindruck einer Polizeikommissarin, die die Frau vor Ort war, als schließlich der Schlüsseldienst die Wohnungstür öffnete. Auffällig sei gewesen, dass mindestens eines der Telefone in der Wohnung ausgestöpselt war.

„Ich glaube, dieses Telefon war nie angeschlossen“, sagte hingegen der Angeklagte. Der Apparat in seinem Arbeitszimmer hätte aber auf jeden Fall funktioniert. Und außerdem sei seine Bekannte gar nicht richtig eingesperrt gewesen: Als er ging, habe er zwar die Wohnungstür abgeschlossen. Doch es gebe eine zweite Tür, die nur von innen zu öffnen sei. Von dort könne man über eine Treppe zuerst in den Garten und dann auf die Straße gelangen. Ob das stimmt, hat die Polizei allerdings gar nicht überprüft, wie Richter Christian Ketterer bei der Befragung der Polizisten feststellen musste.

Da die besagte Wohnung nur wenige hundert Meter vom Horber Amtsgericht entfernt ist, verordnete Ketterer allen Prozessbeteiligten einen gemeinsamen Spaziergang zum vermeintlichen Tatort. Der war nicht unbedingt erholsam, weil die vielen Stufen der Sommerhalde bergab und bergauf zu bewältigen waren... Doch die Anstrengung hat sich gelohnt: Vor Ort wurde schnell klar, dass es in der Erdgeschosswohnung tatsächlich eine Tür zu einem kleinen Balkon gibt. Sie kann von innen ohne Schlüssel mit nur einem Handgriff geöffnet werden. Vom Balkon aus führt eine Treppe hinab in den Garten des Hauses. Schritt für Schritt überzeugte sich der Richter höchstselbst davon, dass es von dort aus direkt auf die Straße geht und die 83-Jährige deshalb nicht in der Wohnung eingesperrt war.

Zurück im Gerichtssaal sprach Christian Ketterer den Angeklagten vom Vorwurf der Freiheitsberaubung frei. Damit entsprach er dem Antrag der Vertreterin der Staatsanwaltschaft, die den Sachverhalt nach der „Inaugenscheinnahme“ – so die Juristensprache für den ungewöhnlichen Ostertermin – neu bewertete: Sie stellte fest, „dass die Wohnung jederzeit verlassen werden konnte“. Die 83-Jährige habe in ihrer Aufregung vermutlich nicht bedacht, dass es einen zweiten Weg nach draußen gibt, meinte Richter Christian Ketterer. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. CLAUDIA SALDEN